

## Postmarktgesetz ist breiter Widerstand sicher

### ÖVP und Wirtschaftskammer über Bures verärgert

Wien - „Die Bezeichnung Postmarktgesetz ist kühn. Richtiger wäre Postgesetz. Denn wenn das kommt, wird kein Postmarkt entstehen.“ Der ehemalige steirische Wirtschaftslandesrat, UIAG-Chef Herbert Paierl, geht hart ins Gericht mit dem von Verkehrsministerin Doris Bures am Montag zur Begutachtung ausgeschickten Postmarktgesetz. „Wenn man den Markt nicht öffnen will, soll man das sagen und nicht so tun als ob.“ Paierl verwies als abschreckendes Beispiel auf Finnland, wo der Ex-Monopolist so geschützt wurde, dass die Konkurrenz ausgeschaltet wurde. Statt den Wettbewerb zu behindern, sollte die Österreichische Post von Altlasten wie den Lasten des Beamtendienstrechts befreit werden, empfiehlt Paierl.

Als „überarbeitungsbedürftig“ bezeichnet man das mit dem Koalitionspartner nicht abgestimmte Papier im Finanzministerium. Zu Details will man dort allerdings erst nach rechtlicher Prüfung etwas sagen. Dazu gehört auch die im Gesetz festgeschriebene Zahl von 1650 Postabgabestellen, die von der Post oder Postpartnern (Trafiken, Gemeindeämtern, Tankstellen) betrieben werden müssen. Damit würden nicht nur Poststellen in ländlichen Regionen perpetuiert, sondern auch innerhalb Wiens, wo das Netz ohnehin dichter sei als notwendig.

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl regt die Festschreibung eines Mindestlohns besonders auf (der sich an den gut 30 bis 40 Prozent über Branchenschnitt liegenden Postbeamten orientiert). Kollektivverträge seien Angelegenheit der Sozialpartner und per Gesetz könne nicht diktiert werden, ob ein Anbieter mit Angestellten zu arbeiten habe oder mit selbständigen Zustellern, mokiert man sich in der Kammer. Widerstand sicher ist auch dem Konzessionsmodell (für Briefe bis 50 Gramm), das Anbietern die Kosten für die Umrüstung der Hausbriefe-fachanlagen aufbrummt. (ung)